

Ein wichtiges Mittel gartenbaulicher Marktordnung

Verbrauchslenkung

In der Ernährungswirtschaft sind große zeitliche Schwankungen der für den Verbrauch zur Verfügung stehenden Mengen unvermeidlich, weil die Natur mit Klima und Wetter die Arbeit des Menschen weitgehend beeinflusst. Die meisten Gartenbauzeugnisse fallen zu gewissen Zeiten hauptsächlich an. Ihr Anfall läßt sich nicht nach Bedarf beschreiben, sondern erfolgt zum Teil in sehr kurzen Zeiträumen. Infolge ihrer leichten Verderblichkeit sind viele Erzeugnisse nicht lagerfähig. Bei Reformen, die im Obst- und Gemüsebau nicht selten sind, ist die Verwertungsindeksie einmal schon rein technisch nicht in der Lage, den gesamten Ueberfluß aufzunehmen, zum anderen sind längst nicht alle Arten und Sorten zur Haltbarmachung geeignet. Um einer Erdrung des Ueberflusses entgegenzuwirken und damit einen Verderb zu vermeiden, ergibt sich in solchen Fällen die Notwendigkeit, den Verbrauch der tatsächlich vorhandenen Warenmenge anzupassen. Der Verbraucher muß daher für den Abfall eingeschaltet werden. Natürlich kann und soll man niemand gezwungen werden, mehr Kohl, mehr Spargel, Kefel oder Marmelade zu essen; denn eine Ernährungswirtschaft, die uns die gefährliche Vagenpresse schreiben will, gibt es in Deutschland nicht. Es bleibt stets dem Ermessen des einzelnen überlassen, bestimmte Nahrungsmittel zu bevorzugen oder ihren Verbrauch einzuschränken.

Als normales Mittel der Verbrauchslenkung wird vielmehr die psychologische Beeinflussung des Verbrauchers durch werbende Maßnahmen angewandt, mit dem Ziel, die jeweilige Verbrauchsstruktur in der für das Gesamtwohl erforderlichen Weise zu ändern. Man fordert verständnisvolle

Zu den Erzeugnissen, bei denen ein verstärkter Verbrauch erstrebt werden muß, gehört z. B. die verbilligte Marmelade. Ihre ständig wachsende Beliebtheit liegt im Sinne der erwünschten Verbrauchsverlagerung von Zellen auf Kohlehydrate und ist ein typisches Beispiel planvoller Verbrauchslenkung. Erreicht wird eine solche Lenkung durch ständig wiederkehrende intensive Werbung für das betreffende Nahrungsmittel in der Presse sowie durch werbende Aufführungen im Rundfunk, in den Organisationsbüros, in Schulen usw.

Eine größere Rolle spielen im Gartenbau die Erzeugnisse, die „besonders zu bevorzugen“ sind. Es sind die leicht verderblichen zeitweise in größeren Mengen anfallenden Güter, von denen schon die Rede war. Bei ihnen wird es oft nur durch eine intensive Stoßwerbung möglich sein, die anfallenden Mengen reiblos dem Verbrauch zuzuführen. Beispiele derartiger Stoßaktionen erleben wir in jedem Jahr. So konnte die gewaltige Kohlernte 1930 durch den planvollen Einsatz der verbrauchslenkenden Werbung vor dem Verderb bewahrt werden. Ein anderes Mal gelang es, große Mengen Frischtrauben auf schnellstem Wege dem Verbraucher zuzuführen. In lebhafter Erinnerung ist uns allen noch die Unerblichkeit der lehrjähigen Ernte an württembergischen Wirtschaftsschulen durch die sog. Kochschüsselaktion. Zur Zeit bemüht sich die Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft um die Unterbringung der vorerntezeitigen Bestände. In diesem Falle ist die Ueberführung des Marktes durch eine Beeinflussung der Ausnahmestellung hervorgerufen worden, die in währungsrechtlichen Maßnahmen der Exportländer begründet ist. Für die Lenkung des Verbrauchs gartenbaulicher Erzeugnisse ist der schlagartige Einsatz und die Schnelligkeit der Durchführung absofortiger Maßnahmen Voraussetzung für ihre marktordehnende Wirkung. Bei der Werbung für Gartenbauzeugnisse kann nicht auf ihren besonderen gesundheitlichen Wert hingewiesen werden; denn ernährungsphysiologisch ist ein Mehrverbrauch von Obst und Gemüse zunächst des gesicherten Fettverzichts durchaus tragbar. Eindringlicher und wirkungsvoller dürfte noch die Bitte um Mitwirkung an der Ernährungssicherung und ein Appell an die volkswirtschaftliche Einheit des Verbrauchers sein. Wenn auch, wie hieraus hervorgeht, nicht der Eigenmut des einzelnen die Grundlage dieser Verbrauchslenkung ist, so wird doch ein Hinweis auf hauswirtschaftliche Vorteile beim Verbrauch des betr. Erzeugnisses besonders bei den Hausfrauen seine Wirkung nicht verfehlen. Der Erzeuger wird schon von sich aus bemüht sein, reichlich vorhandenes Obst und Gemüse umgehend auf den Tisch des Verbrauchers zu bringen. Auch der Verkäufer hat es in der Hand, durch das geschwundene Wort auf seine Kunden einzuwirken. Er ist dadurch im gewissen Sinne der Treuhänder des Erzeugers und des Verbrauchers. Gärtner und Händler können sich ferner durch die Verteilung werbender Schriften und Flugblätter mit aufklärenden Texten oder mit Preisermittlungen absetzfördernd einsetzen. Ladeninhaber werden bei Ausgestaltung ihrer Schaufenster dem Reberschüppereigenen einen bevorzugten Platz einräumen und die werbende Wirkung durch Bild- oder Schriftplakate unterstützen. Auf die verständnisvolle Mitwirkung des deutschen Verbrauchers aber kann niemals verzichtet werden.

Wurden jedoch die Beziehungen der Erzeuger, der Verteiler und des Verbrauchers zur Verbrauchslenkung verschleiert, so darf auch die Verarbeitung erwies sich bereits bei der Unterbringung der überreichen Gartenernte des Jahres 1934 als notwendig. Da damals die überschüssigen

den Mengen nicht freiwillig von der Verarbeitungsindustrie aufgenommen wurden, mußten geschlecht verankerte Bestimmungen zur Abnahme und Vorratshaltung getroffen werden, die in Zukunft eine glatte Abwicklung gewährleisten. In den Maßnahmen der Verbrauchsförderung durch die Verarbeitungsindustrie sind auch die Bemühungen zu zählen, die den im Ueberfluß vorhandenen Erzeugnissen durch neue Verarbeitungsformen eine veränderte Geschmacksrichtung geben.

Eine weitere Bedeutung der Verbrauchslenkung ergibt sich bei der Ueberführung von Konstellationen. So erwies sich z. B. am 1. April des Ausbleibens der spanischen Äpfel eine Lenkung auf andere geeignete Erzeugnisse als erforderlich. Auch ver-

sucht man zur Zeit den Bedarf an Speisewohlbehalt durch die vermehrte Empfehlung des ausreichend vorhandenen Porrees einzuschränken. Die Verbrauchslenkung im Gartenbau kann niemals ein hartes System sein, sondern muß stets je nach Zeit und Lage der Dinge wechseln. Sie arbeitet um so erfolgreicher, je besser sie den wirtschaftlichen Gegebenheiten Rechnung trägt. Noch ist es leider nicht so, daß jeder Volksgenosse stets seinen Verbrauch den Erfordernissen der jeweiligen Marktlage anpaßt. Jedoch greift das Verhältnis für derartige Dinge immer mehr um sich, und in irgendeiner Form nimmt auch heute schon jeder an den Fragen der Ernährungswirtschaft seines Volkes teil.

Mitteilungen der Hauptvereinigung

Bekanntmachung der Hauptvereinigung der Deutschen Gartenbauwirtschaft

Betr.: Erteilung von Gutachten über Obst, Gemüse und Süßrüben. Vom 15. März 1938

Auf Grund des § 8 der Satzung der Hauptvereinigung der Deutschen Gartenbauwirtschaft vom 1. 2. 1937 (RWBBl. S. 77) wird bestimmt, daß Gutachten gemäß Ziffer XIII der Geschäftsbedingungen der Hauptvereinigung der Deutschen Gartenbauwirtschaft über den Verkehr mit Obst und Gemüse vom 15. 5. 1936 (RWBBl. S. 293) nur auf nachstehendem Vordruck erteilt werden dürfen:

- 1. Name und Wohnort des Umfassenden:
2. Name und Wohnort des Verlesenen:
3. Wert vor:
a) Schlußstein oder Auftragsbestätigung:
b) Verleseneprüfungsbericht:
c) Abgangsgutachten:
4. Ist die Verlesene gemäß den Bestimmungen der Hauptvereinigung der Deutschen Gartenbauwirtschaft, Berlin, ordnungsgemäß beantragt?
5. Wann ist die Beantragung ausgeprochen: am
6. Wie lautet die Mängelrüge:
7. a) Ist der Wagen offen oder geschlossen (gebedt)
b) Stellung:
Wagenreifen (offen im Osten), Osten: offen geschlossen
Klappen: offen geschlossen
c) Regerie hat Gut festgestellt:
8. Abgangsklassen und Datum des Abgangs:
9. Zustellung während des Transportes:
10. Was für eine Qualität ist:
a) laut Kauf zu liefern:
b) was ist geliefert:
c) Kaufwert:
11. Ist mit der Entladung begonnen:
12. Verlust der Ware:
13. Urteil:
(Sachverständigenstempel)

Berlin, den 15. März 1938. Der Vorsitzende der Hauptvereinigung der Deutschen Gartenbauwirtschaft, gez. Boettner.

Preisgestaltung für Äpfel der Ernte 1937

Der Herr Reichskommissar für die Preisbildung hat unter dem 8. März 1938 zur Behebung von Zweifeln betreffend Preisgestaltung für Äpfel der Ernte 1937 folgendes bekanntgegeben:

„Zur Behebung von Zweifeln weise ich darauf hin, daß für sämtliche Verkäufe von Äpfeln der Ernte 1937 der in der Anordnung vom 15. 7. 1937 (Deutscher Reichsanzeiger Nr. 161) genannte Höchstpreis maßgebend ist. Dies gilt nach Ziffer I Abs. 3 der Anordnung auch für diejenigen Geschäfte, die im Zeitpunkt des Erlasses der Anordnung bereits bereits erfüllt waren. Angesichts der Art der Abwicklung der Äpfelgeschäfte und mit Rücksicht auf die noch schwebenden Auseinandersetzungen zwischen den Beteiligten erübrigt sich somit die Sonderbehandlung der vor dem Erlaß der Anordnung bereits erfüllten Verträge, wie sie ursprünglich in meinem Bescheid vom 23. 8. 1937 vorgesehen war.“

Ich bitte, dem Kämmelstand und dem Handel von diesem Hinweis Kenntnis zu geben und sie darauf aufmerksam zu machen, daß die alleinige Grundlage für die Abwicklung sämtlicher Kämmelverkäufe aus der Ernte 1937 die Anordnung vom 15. 7. 1937 ist.“

Bekanntmachung Nr. 9/38 - Pr - der Hauptvereinigung der Deutschen Gartenbauwirtschaft

Betr. Lagerlohnzuschläge für die gewöhnliche (Eckeneu-, Jilken-) Lagerung der Äpfel. Vom 22. März 1938.

Mit Zustimmung des Reichs- und Preussischen Ministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichskommissars für die Preisbildung (RWBBl. Zg. Nr. 11 - 141 - 3100 vom 23. 3. 1938) wird zur Abgeltung des bei der gewöhnlichen (Eckeneu-, Jilken-) Lagerung für Äpfel entstehenden Vertriebs:
a) für Äpfel, die vor dem 10. Dezember 1937 eingelagert wurden, ein Lagerlohnzuschlag von 35 %,
b) für Äpfel, die nach dem 10. Dezember 1937 eingelagert wurden, ein Lagerlohnzuschlag von 20 % auf den jeweiligen Einkaufspreis gewährt. Die bei der Ein- und Auslagerung entstehenden Unkosten dürfen bis zur Höhe von Mk. 0,20 je 50 kg dem Einkaufspreis hinzugerechnet werden. Diese Bestimmungen treten mit sofortiger Wirkung in Kraft. Gleichzeitig treten die Bestimmungen meiner Bekanntmachung Nr. 6/38 - Pr - betr. Lagerlohnzuschläge für die gewöhnliche (Eckeneu-, Jilken-) Lagerung der Äpfel vom 2. 2. 1938 außer Kraft. Berlin, den 22. März 1938. Der Vorsitzende der Hauptvereinigung der Deutschen Gartenbauwirtschaft, gez. Boettner.

Am 10. April wird das deutsche Volk der ganzen Welt zeigen, daß es sich geschlossen hinter Adolf Hitler stellt und nur ein Bekenntnis kennt:

Ein Volk - ein Reich - ein Führer!

Mitarbeit und verlangt, daß Verbrauchsgenossenheiten der jeweiligen Marktlage angepaßt werden. Grundlage für eine erfolgreiche Verbrauchslenkung ist also die volkswirtschaftliche Einheit des Einzelverbraucher. Hier darf nicht unerwähnt bleiben, daß ein verstärkter Verbrauch im Gesamtrahmen unserer Ernährungswirtschaft kein zusätzlicher Verbrauch sein soll. Damit wäre unserer Ernährungslage nicht geschadet. In diesem Sinne gibt es keinen Ueberfluß an Nahrungsgütern in Deutschland. Ueberflüssige Erzeugnisse müssen stets dazu dienen, Läden aufzufüllen, die sich an anderen Stellen unserer Ernährungswirtschaft ergeben. Die erste und wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Verbrauchslenkung ist also, den Verbraucher auf die jeweils reichlich vorhandenen Produkte unserer Erzeugung hinzuweisen. Dies geschieht z. B. durch die Verleserhaltung über die jeweilige Lage auf dem Obst- und Gemüsemarkt in der Tagespresse. Ferner durch die in jedem Monat vom Reichs- und Preussischen Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft bekanntgegebenen Richtlinien für die Verbrauchslenkung. Diese Ueberflüsse geben an, bei welchen Erzeugnissen ein verstärkter Verbrauch allgemein erwünscht ist, welche Nahrungsmittel darüber hinaus besonders zu bevorzugen sind und wo ein gleichbleibender verminderter Verbrauch angebracht erscheint.

POLITISCHE STREIFLICHTER

Einheitsdeutsche fordern Recht

In der süddeutschen Bevölkerung hat der Zusammenschluß Österreichs mit dem Deutschen Reich überall lebhaften Widerhall ausgelöst. Der Stellvertreter Konrad Henckels, der Abgeordnete Paul Hermann Franz, benutzte die Gelegenheit zu einer politischen Erklärung im Prager Abgeordnetenhaus, die Bezugnehmend auf die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, den österreichischen Regierungskreisen einen Weg zeigt, wie die Einheitsdeutsche Frage, die jetzt den Mittelpunkt des Weltinteresses bildet, gelöst werden kann. Das Einheitsdeutschtum sei zum stärksten Lebenswillen erwacht, so führte Franz aus, und habe sich in der sudetendeutschen Partei das Instrument seines politischen Willens geschaffen. Ueber diese Wirklichkeit täusche sich die Staatsführung der Tschechoslowakei nach immer. Statt die gerechten Lebensforderungen des Sudetendeutschtums zu erfüllen und es so für den Staat zu gewinnen, werde eine Politik fortgeführt, die die nationalpolitischen Verhältnisse immer gespannter mache. Der Abgeordnete brachte dann zum Ausdruck, daß es besser wäre, sich weniger über die Sorgen des Deutschen Reiches um das Schicksal der deutschen Volksteile außerhalb seiner Grenzen zu erregen, als vielmehr aus freien Stücken einen Zustand zu schaffen, der keinen Anlaß zu Beschwerden gibt. Der Gewinn einer solchen Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse gerade im gegebenen Zeitpunkt sei nicht allein für das Sudetendeutschtum, sondern auch für den tschechoslowakischen Staat offensichtlich. Die Erklärung des Abgeordneten Franz wurde vom Parlament mit größter Aufmerksamkeit verfolgt.

Das Ausland und Österreich

Die Rede, die der Führer auf der Reichstags-Sitzung am 18. März gehalten hat, hat in der ganzen Welt starken Widerhall gefunden. Langsam beginnen auch die Zeitungen, die die Vereinigung Österreichs mit dem Reichsgebiet seit je zu verheißend versucht haben, zu verstehen, daß die Entscheidung natürlich und unabwendbar war. Selbst in Frankreich hat man sich nach der ersten Aufregung, die sich in verständnislosen und teils gehässigen

Briefstimmen spiegelt, mit den Tatsachen abgefunden. Die politischen Kreise Frankreichs, die eingesehen haben, daß der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich nur den Abschluß einer politischen Entwicklung bedeutet, die sich seit langem abgezeichnet hatte, mahnen zur Besonnenheit. Das „Journal“ bezeichnet die Rede des Führers als „Weg der Geburt des großen Deutschen Reiches“ und unterstreicht die Befristung der Tschechoslowakei.

In den Zeitungen der Tschechoslowakei wird hervorgehoben, daß der Führer mit seiner Rede die Befriedigung der europäischen Öffentlichkeit bezweckt habe. „Lenon“, das Blatt des tschechischen Ministerpräsidenten, unterstreicht, daß die Rede keineswegs die außenpolitischen Verhältnisse erwidert habe, sondern den Weg zu Verhandlungen freilegt, die zu einer Vereinigung der Beziehungen führen könnten.

Bei der englischen Presse kann man zwischen einer vernünftigen, sachlichen Berichterstattung und einer böswilligen Verzerrung der Tatsachen unterscheiden. Zeitungen wie „The Times“ und „Daily Herald“, die seit jeder ihr Teil zur Begründung der Atmosphäre beigetragen haben, verurteilen die Führerrede bis zur Unkenntlichkeit, während „Daily Telegraph“, „Times“, „Daily Mail“ und „Daily Express“ gute Auszüge oder den ganzen Wortlaut veröffentlichen. Besonders wird hervorgehoben, daß bei dieser denkwürdigen Reichstags-Sitzung zum erstenmal Vertreter Österreichs auf den deutschen Regierungsbänken gesessen hätten, eine Tatsache, die deutlich das Verschwinden Österreichs als unabhängiger Staat dokumentiere.

Freiere Luft im Osten

An der Grenze zwischen Litauen und Polen fiel ein polnischer Soldat unter litauischen Gewehrfeuer. Er war nicht das erste Opfer einer unüberwindlichen und erbitterten Feindschaft, und man weiß auch nicht, ob er das letzte gewesen sein wird. Dieser Zwischenfall ist der Anlaß zu ersten diplomatischen Schritten geworden. Nachdem Litauen es seit je ständig abgelehnt hat, sich mit Polen an den Verhandlungstisch zu setzen, um die Gegensätze zu

beseitigen, hat Polen nach diesem Grenzzwischenfall ultimativ die Aufnahme diplomatischer Beziehungen verlangt. Polen verlangt ferner, daß für seine Beteiligte in Litauen normale Bedingungen garantiert werden und vom 31. März ab die Möglichkeit des Verkehrs mit der eigenen Regierung auf dem Land-, Luft- und Wasserwege ebenso wie der Post-, Telefon- und Telegrafenverkehr zugelassen wird. Dasselbe würde der litauischen Beteiligte in Warschau von polnischer Seite zu gestanden. Bisher bildete die Grenze zwischen Polen und Litauen eine Scheibe, wie es sie sonst kaum zwischen zwei Ländern gibt. Der von Warschau nach der benachbarten Hauptstadt Vilnius, Romno, fahren wollte, hatte die Wahl zwischen dem Weg über Lettland oder über Danzig und Memel. Die Reise dauerte zwei Tage. Den natürlichen unmittelbaren und kürzesten Weg konnte man nicht nehmen. Der Hof zwischen den beiden Bältern hat Stacheln über die verbindenden Eisenbahnlinien gezogen und die Landstraßen aufgerissen. Es bleibt abzuwarten, ob die Gegensätze, die an dieser nordöstlichen Wetterseite in diesen Tagen aufeinanderprallen, durch die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen Polen und Litauen gemildert werden können.

Korruption und Juden gehören zusammen

Die französische Opposition führt einen heftigen Kampf gegen einige Mitarbeiter Leon Blums, die dieser in seiner Eigenschaft als Leiter des Finanzministeriums in die Verwaltung berufen hat. Der Hauptkritiker richtet sich gegen einen Journalisten Georges Boris, den Blum in das Finanzministerium geholt hat. Die Oppositionszeitungen haben hinter dem Pseudonym Boris einen gewissen Juden Goldberg entdeckt, der seine Laufbahn als enger Mitarbeiter des Bankiers Rénenlein begonnen hat. Sie greifen gleichzeitig seinen Schwager Wormser und seinen Helfer Dreyfus an, denen sie vorwerfen, im Bunde mit Börsenleuten zu stehen, die auf weiteren Frankensverfall spekulieren. Blum hat in einer amtlichen Erklärung seine jüdischen Mitarbeiter in Schutz genommen. Er könne sich in der Auswahl seiner Mitarbeiter nicht dreinreden lassen. Die Rechtsopposition hat sich jedoch durch diese Erklärung nicht zur Ruhe bringen lassen. Sie hat mit neuen

Angriffen auf Goldberg und Wormser, den sie als Leon Blums Bankier bezeichnet, geantwortet. Man darf gespannt sein, wie sich die Juden weiter gegen die Angriffe der Rechten wehren werden.

Sie können eben nur lügen

Die deutschen Militärkreise haben auf dem Internationalen Reich- und Springturnier in Genf den „Großen Preis von Genf“ gewonnen. Der Jubel der 8000 Zuschauer über diesen deutschen Sieg hat den Genfer Marschführer Nicole so in Wut gebracht, daß er in seiner Zeitung die Lüge erfand, ein deutscher Offizier hätte sich über die Schweizerischen Rekruten mokiert. Ein Schweizer Soldat hätte den Offizier dafür großfreigie. Diese Lüge aufgetragene Lüge sollte aber nur sehr kurze Weile. Schon zwei Stunden später, nachdem das Blatt erschienen war, erklärten die Genfer Regierung und der Chef der Genfer Rekruten-Schule, daß die Meldung Nicoses erlogen sei. Die „Tribüne Genéve“ schreibt, daß die dreifache Lüge Nicoses gleichzeitig eine Verleumdung der deutschen Ehre und der Schweizerischen Armee sei. Ganz Genf ist über die Unverschämtheit der marxistischen Zeitung empört.

Sticht Frankreich aus?

„Wird Frankreich in 50 Jahren 12 Millionen Einwohner verlieren haben?“ Mit dieser verneinenden Frage wendet sich der „Französische Nationalverband gegen die Entvölkerung“ an das französische Volk. Die Zahlen, die den Differenz unterstreichen, reden in der Tat eine alarmierende Sprache. Die jährliche Geburtenzahl, die 1876 noch 1.022.000 betrug, ist im Jahre 1936 auf 830.000 abgesunken. In diesen 60 Jahren vermehrte sich die französische Bevölkerung durch 3 Millionen Einwanderungen von 38 auf 41 Millionen. Wenn nicht sofort eine grundlegende Änderung in der französischen Bevölkerungsbewegung eintritt, wird die Geburtenzahl bis 1985 auf 127.000 gesunken sein. Wenn man sich gleichzeitig das Anwachsen der Sterbeziffer vergegenwärtigt, dürfte die Bevölkerungszahl in den nächsten 50 Jahren tatsächlich um 12 Millionen zurückgehen. Vorläufig sehen die verantwortungsbewussten Kreise noch keine wirksame Hilfe gegen das Volkssterben - am allerwenigsten bei der Regierung.